



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/59 - 11.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Deutsche Einheit nicht gewollt	S. 1
Japanische Wiederaufrüstungsprobleme	S. 3
Nochmals: Der Kanzler und die Saar	S. 5
Zu den Wahlfonds-Spenden des Großkapitals	S. 7

Auf ewig geteilt ?

(sp) Noch ehe die innerdeutsche Diskussion über die Frage der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit dem Generalvertrag ihren Höhepunkt erreicht hatte, wies die sozialdemokratische Opposition nachdrücklichst darauf hin, daß die eigentliche Gefahr bei dieser Politik für die deutsche Sache in einem stillschweigenden Übereinkommen zwischen Ost und West über den Status quo bestehe. Deutlich wurde gesagt, daß der im Generalvertrag verankerte Verzicht auf das Initiativrecht in der wichtigsten nationalen Frage deshalb so schwer wiege, weil sich die Westmächte mit der Sowjetunion über eine dauernde Teilung Deutschlands verständigen könnten. Das einzige, was die Regierung dem entgegenzusetzen hatte, war der nebelhafte Begriff von einer "dynamischen Ostpolitik", der aus der amerikanischen psychologischen Kriegführung stammt und für eine verantwortungsbewußte deutsche Politik keine praktische Bedeutung haben kann.

Spricht man mit europäischen Ausländern über dieses Thema, so zeigen sie sich höchst erstaunt, daß die Deutschen überhaupt annehmen könnten, die Westmächte würden sich mit zum Anwalt ihrer nationalen Frage Nr. Eins machen. Während Adenauer tut, als hätte die Floskel in der Präambel des Generalvertrages über das "gemeinsame Ziel der Wiedervereinigung" einen praktischen Wert, ist das Einverständnis über die verewigte Teilung im Ausland

offenes Gespräch. Nun hat kürzlich ein rühriger und international sehr angesehener amerikanischer Journalist die Dinge beim Namen genannt und sich, was besonders ins Gewicht fällt, als Quelle auf zwei antierende französische Minister und einen Botschafter von einer der drei Westmächte berufen. Wenn Kingsbury Smith auch die Namen der Minister nicht nennt, so ist aus dem Zusammenhang zu erkennen, daß es diejenigen sein müssen, die kürzlich in London mit dem britischen Außenminister Eden verhandelt haben.

"Zwei französische Kabinettsmitglieder und einer der führenden alliierten Botschafter in Paris vertraten unabhängig von einander in einem Gespräch mit mir die Ansicht, daß die französische, die britische und die sowjetische Regierung gegen die Wiedervereinigung Deutschlands seien", schreibt der Journalist. Engländer, Franzosen und Russen behaupteten zwar offiziell, sie wünschten die Wiedervereinigung. "Sie wagen nicht, protokollarisch niederzulegen, daß sie dagegen sind, weil sie fürchten, daß die Gegenseite sie durch die Enthüllung in eine unangenehme Lage versetzen könnte". Auf indirektem Wege oder über Dritte hätten sie jedoch einander zu verstehen gegeben, daß sie alle ein vereinigtes Deutschland fürchten. Nach Kingsbury Smith sind die Gründe für Frankreich: Daß ein wiedervereinigtes Deutschland zur herrschenden Macht in Europa werden würde und den Westen in einen Krieg gegen Rußland hineinziehen könnte, für England: Die Gefahr der wirtschaftlichen Konkurrenz und für die Sowjetunion die Furcht, daß ein wiedervereinigtes Deutschland auf der Seite des Westens stehen werde.

Wenn antierende Minister einer Regierung, mit der man fünfzigjährige Verträge von größter Tragweite schließen will, mit solchen Äußerungen zitiert werden, kann die andere, nämlich die deutsche Seite nicht schweigend zusehen. Konkret sagt der amerikanische Journalist: "Der britische Außenminister Eden hat einem der französischen Minister kürzlich mitgeteilt, er glaube, daß die Sowjetunion und die europäischen Westmächte nur dann friedlich nebeneinander leben könnten, wenn Deutschland nicht wieder vereinigt werde. Eine zeitlang habe der Krenl geglaubt, daß die Kommunisten in der Lage seien, die politische Kontrolle über ein vereinigtes Deutschland auszuüben. Inzwischen hätten die führenden sowjetischen Politiker diese Hoffnung völlig aufgegeben. Die neue sowjetische Formel basiere auf der Schaffung zweier völlig getrennter deutscher Staaten, von denen der eine an Rußland, der andere an den Westen angeschlossen sei.

Der International News Service, den Smith vertritt, wird sicher auch im britischen Foreign Office gelesen. Warum ist bis heute keine Erklärung dazu erfolgt? Wenn aber die französische und die britische Regierung sich nicht äußern, so bleibt es die Pflicht der Bundesregierung, diese politischen Ungeheuerlichkeiten auf diplomatischem Wege schleunigst aufzuklären, wenn sie nicht in den Ruf kommen will, sich mit einer solchen Politik der Westmächte zu identifizieren. Die Gefahr einer Politik der endgültigen Teilung Deutschlands ist riesengroß, denn es ist unter keinen Umständen zu erwarten, daß Frankreich und England sich in einer Sache engagieren, die ihnen, wie sie glauben, keine Vorteile bringt. Will sich aber die Bundesregierung den schleswig-holsteinischen Wahlpruch neu gefaßt ins Stammbuch schreiben lassen: Auf ewig geteilt?!

Japans Wiederaufrüstung und Europa

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Wenn Japan aufrüstet, wäre es möglich, daß die südkoreanischen Divisionen das hielten, was sich die Amerikaner von ihnen versprechen. Das gleiche gilt für die neuen indochinesischen Einheiten der profranzösischen Viet Nam. Japan muß als eine Großmacht der mit Amerika zusammenarbeitenden asiatischen Randvölker ihr militärisches Potential stärken, sonst wird es eine Illusion bleiben, daß in 12 bis 18 Monaten die amerikanischen und UN-Truppen die vorderste Kampflinie in Korea räumen können. Wer dies weiß, erkennt die Bedeutung der Erklärung des japanischen Premierministers Yoshida vom 9. März d.J.: Japan ist zur Wiederaufrüstung bereit.

Es ist die erste Äußerung des amtlichen Tokio zu dem schwierigen Militarierungsproblem, aus der ein effektives Angebot herausgelesen werden kann. Yoshida hat sich damit zu einem für sein Kabinett sehr schwerwiegenden und gefahrenreichen Schritt entschlossen. Die Gegenkräfte sind enorm. Wer - so fragen die Sozialpolitiker des überbevölkerten Inselreichs, soll die Kosten einer Aufrüstung tragen? Wie würde es um die Einsatzbereitschaft des japanischen Soldaten aussehen, wenn von benachbarten Nordkorea aus Atombombenflieger unsere Großstädte angriffen, ergänzen die Wehrpsychologen. Auch die breiten Massen denken an Hiroshima.

Diese Diskussion war schon sehr lebhaft, als man im September 1950 nach Ausbruch des Koreakrieges zur Aufstellung einer Reservepolizei, Yobitai, schritt. Sie verstärkte sich im September 1952, anlässlich der japanischen Reichstagswahlen, die von Shigeru Yoshida und seinen Liberalen großenteils mit der Parole gewonnen wurde, Japan solle sich eindeutig hinter die USA und hinter das (in Korea kämpfende) kollektive Sicherheitssystem der UN stellen. Der größte Teil der japanischen Sozialisten verordnet dem Land stattdessen eine totale Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz. Beachtlicher Weise sind es gerade ehemalige Offiziere, die - immer unter Hinweis auf Hiroshima - diese These stützen. Die Erinnerung an die beiden Atombombenexplosionen, die den zweiten Weltkrieg für Japans Teil beendigten, sitzt unausrottbar in den Massen.

Aber auch einflußreiche Finanzgruppen beanstanden, daß bereits

heute 25 Prozent des japanischen Staatseinkommens für die Reservepolizei und die in Japan stationierten amerikanischen Truppen ausgegeben werden und fragen, wie der Haushalt balanziert und das soziale Fundament gesichert werden sollen, wenn etwa Japan durch eine Aufrüstungspolitik die Mittel genommen würden, seine ehemalige Stellung auf dem chinesischen Festlandsmarkt wieder zu erobern. Diese Auffassung vertritt die erzkonservative, durch und durch nationalistische "Fortschrittspartei" des ehemaligen Außenministers Shigemitsu. Sie wünscht auch die diplomatische Anerkennung Rotchinas.

Es ist nun interessant, daß alle diese Probleme: Japan als Zita-delle der unter amerikanischer Mitwirkung aufgerüsteten asiatischen Randstaaten, sowie die Rückwirkungen des japanischen Experiments auf die seelische Widerstandskraft der Südkoreaner und Vietnamesen, gegenwärtig in Indien auf einer Wehrwissenschaftstagung der Länder des Commonwealth in New Delhi beraten werden. Kein geringerer, als Ministerpräsident Nehru war bei ihrer Eröffnung zugegen. Ihre geheimen Beratungen dauern bis zum 14.März. Beobachter der USA und Kanadas nehmen daran teil. Sehr wahrscheinlich wird über ihre Ergebnisse nichts veröffentlicht werden. Aber, wenn Indien im Sommer 1952 erklärt hat, es werde sich an keinem regionalen Verteidigungspakt im Stile des zwischen den USA und Australien geschlossenen beteiligen und wenn es bisher vermeidet, Bao Dais Viet Nam-Regierung auch nur anzuerkennen oder zur Regierung Tschiang Kai-scheke in Formosa diplomatische Beziehungen aufzunehmen, so liegt schon darin eine deutlich erkennbare Wertung. Nehru ist und bleibt skeptisch. Er hat auch nicht begonnen, an die Konzeption Dulles-Yoshida zu glauben, nachdem Marshall Juin in Tokio war und sich ihr für Frankreichs Teil angeschlossen hat.

Der Name Juins, des Oberbefehlshabers der kontinental-europäischen NATO-Streitkräfte, läßt uns an die Rückwirkungen einer eventuellen japanischen Aufrüstung auf die Sicherheit Westeuropas denken. Doch dieser Zusammenhang ist so offensichtlich, daß auf ihn nicht extra hingewiesen zu werden braucht.

+ + +

Wie er die Wahrheit sagte

Von Dr. Karl Kormer, MdB.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre große Anfrage zur Lage an der Saar in der Hauptsache eingebracht, um dem von französischen Forderungen bedrängten Kanzler Gelegenheit zu Erklärungen zu geben, die ihm selbst die Rückendeckung des Parlamentes für die laufenden Verhandlungen gegeben hätten. Sie hatte natürlich auch den Wunsch, über die letzten Vorgänge um die Saar informiert zu werden.

Das Verhältnis des Kanzlers zum Parlament ist aber so wie sein inneres Verhältnis zur Demokratie, das man in seinem Wahlgesetz-Entwurf studieren kann. Statt das Haus zu informieren und sich in ihm einen Bundesgenossen für seine Verhandlungen zu sichern, gab er am vergangenen Donnerstag die belanglosesten, ausweichendsten Antworten auf die Fragen der SPD, die er je gegeben hat. Besonders die Beantwortung der Frage, warum er zu dem unerhörten Verbot des Bergarbeiterverbandes an der Saar geschwiegen habe, war für die Opposition unannehmbar. Trotz wiederholter Aufforderung, wer, wann, wo gegen das Verbot protestiert habe, wiederholte er nur, die Bundesregierung habe protestiert. Der Bundeskanzler besitzt aber weder bei der Opposition, noch in den eigenen Reihen den Ruf, ein immer eindeutiges Verhältnis zur Wahrheit, zur ganzen Wahrheit, zu nichts als der Wahrheit zu haben, als daß nicht der Gedanke aufkommen könnte, er habe die Unwahrheit gesagt. So habe ich diesen Gedanken in einer öffentlichen Versammlung in Kornwestheim am vorigen Freitag geäußert.

Was die große Anfrage im Bundestag nicht vermochte, vermochte jetzt dieser Angriff in einer Versammlung. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab am 9. März bekannt, daß der Bundeskanzler in einer Note vom 21. Februar an den französischen Hohen Kommissar gegen die Auflösung des Bergarbeiterverbandes protestiert habe. Das Datum der Note erklärt, warum der Bundeskanzler nicht schon im Bundestage diese Auskunft gab und auch, weshalb er großmütig darauf verzichtet, auf meinen "unfairen Angriff" mit Gerichtsverfolgung zu antworten.

Das Verbot des Verbandes erfolgte am 5. Februar, 16 Tage vor der Note an den französischen Hohen Kommissar. Die Große Anfrage der SPD-Fraktion trägt das Datum vom 14. Februar, sieben Tage vor der Note an den Hohen Kommissar. Wie ungewöhnlich! Protestnoten gibt man dadurch

Nachdruck, daß man ihnen breiteste Publizität verschafft! Ungewöhnlich ist auch der Adressat: Im Mai 1951 protestierte der Bundeskanzler in einer Note, die er vor dem Bundestag verlas, gegen das Verbot der kleinen Demokratischen Partei Saar an die Adresse der Hohen Kommission. In der Tat sind die beiden anderen Besatzungsmächte mitverantwortlich für die polizeistaatlichen Verhältnisse in diesem deutschen Gebiet. Da die Bundesregierung auch jetzt weitere Angriffe abwartet, ehe sie uns den Wortlaut ihrer "Protestnote" bekannt gibt, sind wir vorläufig auf Mutmaßungen angewiesen. Der Text könne sinngemäß etwa so lauten: "Exzellenz, wie das Datum dieses Schreibens beweist, hätte ich zu dem Verbot des Bergarbeiterverbandes an der Saar gerne ganz geschwiegen. Es ist aber für mich kaum tragbar, auf die Frage der Opposition zugeben zu müssen, daß mich die politische Unterdrückung der Deutschen an der Saar nicht aufregt. Wollen Sie deshalb diesen Protest - der aus dem Grunde meines Herzens kommt - gütigst zur Kenntnis nehmen!"

Der Pressedienst der CDU wird in dieser meiner Version der Protestnote sicher wieder eine "Verwilderung der politischen Sitten" sehen. Er täte besser daran, sich Krokodilstränen zu ersparen und seinen Parteivorsitzenden zu ermahnen, den gebührenden Respekt vor der Volksvertretung durch schnelle und vollständige Information über wichtige Vorgänge an den Tag zu legen.

+ + +

Schumans Geständnis

(sp) In einem Appell an eine Gruppe von französischen Parlamentariern, dem EVG-Vertrag zuzustimmen, hat der langjährige französische Außenminister Schuman für einen Augenblick die blumige Ausdrucksweise der europäischen Neuromantik zugunsten der harten Sprache des politischen Geschäftsmannes fallen lassen: "Wenn das deutsche Volk nicht veranlaßt wird, die gleichen Verteidigungslasten auf sich zu nehmen wie die übrigen europäischen Völker, dann würde es seine ganze Kraft auf den Wiederaufbau, die Produktion und den Export konzentrieren und dadurch zu einem bedrohlichen Rivalen werden. Deshalb hat das deutsche Problem einen doppelten Aspekt, einen militärischen und einen wirtschaftlichen".

In Wirklichkeit soll, um das zunächst festzustellen, das deutsche Volk sogar veranlaßt werden, de facto einen höheren Beitrag zu leisten als die übrigen Vertragspartner, bei geringeren Rechten aus diesem Vertrag über eine gemeinsame Verteidigung. Damit wird bereits dem "wirtschaftlichen Aspekt" im Sinne Schumans bzw. Frankreichs Rechnung getragen, das sich in dieser Hinsicht schon in der Montan-Union die eindeutig beherrschende Stellung gesichert hat. Besonders bezeichnend aber ist, daß hier der Mann den Durchblick auf die wahren Motive der französischen Europapolitik freigibt, der bisher im allgemeinen noch als ihr aufrichtigster Vertreter und als derjenige galt, bei dem die idealen Gesichtspunkte einer neuen Europakonzeption im Vordergrund stünden.

+ + +

Einst Förderer Hitlers - nun Förderer der Regierungskoalition

(sp) Die deutsche Industrie half mit ihren Millionenpenden vor mehr als zwanzig Jahren die bankrotten Kassen der NSDAP aufzufüllen. Einer der Ruhrstahlkönige, der kürzlich verstorbene Thyssen, hat dies selbst in einem Buch ("I paid Hitler") öffentlich zugegeben. Für dieses Buch hat sich bisher ein deutscher Verleger noch nicht gefunden oder verweigert die Familie Thyssen aus nur zu verständlichen Gründen sein Erscheinen in der Bundesrepublik?

Die deutschen Schwerindustriellen, oder zumindest ein Großteil von ihnen, wußten, was sie taten. Thyssen erwartete von Hitler die Zerschlagung der Gewerkschaften und der freien Arbeiterbewegung. Der sonst wortbrüchige braune Diktator hielt diesmal sein Versprechen. Die Spenden trugen milliardenschwere Gewinne ein. Auch Hitler wußte das Wohlverhalten dieser Industriellen wohl zu würdigen. Dutzende von Generälen und Feldmarschällen ließ er köpfen, aber nie wagte er es, auch nur einen der Gewaltigen an Rhein und Ruhr anzutasten. Das hätte ihm die Feindschaft dieser ganzen Schicht eingetragen und davor schreckte selbst ein Hitler zurück.

Das deutsche Großkapital hat seine Spendenfreudigkeit auch nach dem Ende des Dritten Reiches beibehalten. Allerdings nicht für die Vertriebenen und die sonstigen Opfer des Krieges. Gerade jetzt, einige Monate vor den Wahlen, erhalten die Mitglieder der verschiedensten Unternehmer-Organisationen Aufforderungen, Spenden für den Wahlfonds der Regierungsparteien bereitzustellen. Ob diese Unternehmer-Organisationen mit der Käuflichkeit und Beeinflussbarkeit von Parteien rechts von der Sozialdemokratie so gute Erfahrungen gemacht haben, mag hier dahingestellt bleiben. In der Regel wird jedoch nichts investiert, was nicht auch lohnenden Erfolg verspricht. Auf den einfachsten Nenner gebracht, heißt es: Wir, die Großunternehmer, geben Euch unser Geld und Ihr, die Regierungsparteien, tut das, was uns gut zu Buche schlägt.

Viele Betriebe sind zur Pflichtabgabe eines, des Jahresumsatz entsprechenden Kopfgeldes übergegangen; die Unternehmer, in Lohnfragen sonst weniger heilhörig, ziehen 1,- M und mehr pro Arbeiter aus ihren Gewinnen für den Wahlfonds ein. Man kann sich leicht ausrechnen, wieviele Millionen Wahlgelder in wenigen Monaten hier zusammenkommen müssen. Die Aufteilung dieser Summen erfolgt nach der Stärke der Regierungsparteien; die CDU/CSU wird, gemäß diesem Aufteilungsschlüssel, den Löwenanteil erhalten.

Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Was sagen die in den Gewerkschaften organisierten CDU-Mitglieder dazu? Der sogenannte linke Flügel der CDU ist ängstlich auf die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften bedacht, und es fehlt nicht an Bemühungen, den DGB sogar aus der Diskussion um den berüchtigten Wahlgesetz-Entwurf des Bundeskabinetts herauszuhalten. Einige Bundesminister sondierten in dieser Richtung. Aber noch nie hat man von der gleichen Seite ein Wort der Ablehnung und des Protestes gegen den offenkundigen Versuch des Großkapitals vernommen, durch Millionenpenden das politische Leben in der Bundesrepublik zu korrumpieren.

Verantwortlich: Peter Raunau